



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Wirtschaftsausschuss**  
- L 214 -

Kiel, 11. Juni 2015  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1142  
(0431) 988 1171  
Fax (0431) 988 610 1180  
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*56. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 10. Juni 2015,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 9:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Wirtschaftsausschuss auf Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/4486](#), einen **Sachstandsbericht über die Pläne zur Ausweitung der Gewerbesteuerhinzurechnung bei Reiseveranstaltern** sowie ebenfalls auf Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/4489](#), einen Sachstandsbericht zur **Bundesratsinitiative zur Schaffung größerer Rechtssicherheit bei der Nutzung von Ferienwohnungen** entgegen. Es schloss sich jeweils eine Diskussion an.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN empfahl der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Änderung des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes**, [Drucksache 18/2929](#).

Zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **S 21 zügig realisieren**, [Drucksache 18/2930](#), und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/2030](#), nahm der Ausschuss in Aussicht, diese in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zu beraten und in dieser Sitzung gegebenenfalls eine Anhörung dazu durchzuführen.

Sodann führte der Ausschuss eine mündliche Anhörung zum Antrag der Fraktionen der PIRATEN und der FDP betreffend **Kein Eingriff in die funktionelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen**, [Drucksache 18/2694](#) (neu) - 2. Fassung, durch.

Auf Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/4487](#), nahm der Ausschuss einen **Sachstandsbericht zur aktuellen Entwicklung beim Dosenpfand unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte des Grenzhandels** entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Einstimmig beschloss der Ausschuss, zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Volksfest- und Marktkultur in Schleswig-Holstein bewahren**, [Drucksache 18/2892](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, bis Freitag, 19. Juni 2015, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer zu benennen.

Nach einer Diskussion kam der Ausschuss überein, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**, [Drucksache 18/2931](#), im Wege der Selbstbefassung kein Votum an den Umwelt- und Agrarausschuss abzugeben.

Er kam sodann überein, zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Eine Landesnetzagentur einrichten**, [Drucksache 18/749](#), ebenfalls kein Votum abzugeben.

Zu den auf Antrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/4408](#), auf die Tagesordnung genommenen Verfahrensfragen für eine Anhörung zum **Winderlass** nahm der Ausschuss eine kurze Erläuterung der Landesregierung entgegen. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss die Ergebnisse des von ihr durchgeführten Anhörungsverfahrens zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 18/4528](#)).

Schluss: 12:05 Uhr

gez. Thomas Wagner